L-1-139: Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Antragsteller*innen KV Berlin-Mitte (dort beschlossen am: 18.11.2023)

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

Welcome Desk für nicht terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete wiederum müssen abgeschafft werden. In diesem Sinne fordern wir eine konsequente und effektive Implementierung der staatlich geförderten Maßnahmen rund um Beratungs- und Hilfestrukturen (z.B. Willkommenszentrum der SenASGIVA). Diese wollen wir bündeln, um die Potenziale des neu verabschiedeten Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu nutzen. So können wir die berufliche Teilhabe von Menschen, die bereits in der Berliner Stadtgesellschaft leben, fördern.

Begründung

Die neuen Regulierungen zum Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht schaffen bei Bündelung von Willen seitens der Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, Industrie- und Handelskammer sowie Arbeitsagenturen und Jobcenter die notwendigen Grundlagen, den Menschen mit Flucht- und Zuwanderungserfahrung, die gerade seit Jahren in Duldungsketten und gesellschaftlicher Resignation verweilen, ihnen eine würdige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dies bedeutet zugleich, die Vereinfachung des Prozedere zur Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, die sie in ihren Heimatländern erworben haben.